



X öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 05.03.2026

Ratsfraktion – FDP

Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller
Vorsitzender des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf

**Antrag der FDP-Ratsfraktion
Zur Sitzung des Rates am 19.03.2026**

Betrifft:

Haushaltsantrag der FDP-Ratsfraktion: Bikesharing – Connected Mobility

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen unserer Fraktion bitten wir Sie, nachfolgenden Haushaltsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 19. März 2026 zu setzen und zur Abstimmung zu bringen:

Antrag:

Der Haushaltsansatz für Produkt 5151101 Konto 53150000 soll angepasst werden auf:

2026	3.084.500 €	Veränderung (-437.500 €)
2027	2.863.910 €	Veränderung (-875.000 €)
2028	2.849.000 €	Veränderung (-875.000 €)
2029	2.849.000 €	Veränderung (-875.000 €)

Begründung:

Die jährlichen Betriebskosten für das städtische Bikesharing werden in der Vorlage OVA/013/2024 mit 1.775.000 Euro angegeben. Denen stehen laut Wirtschaftlichkeitsberechnung des Mobility Institute Berlin voraussichtliche Einnahmen von nur rund 900.000 Euro gegenüber. Damit ergibt sich ein dauerhafter Zuschussbedarf von etwa 875.000 Euro pro Jahr aus dem städtischen Haushalt.

Diese Querfinanzierung verzerrt den Markt gegenüber privaten Anbietern und bindet erhebliche Mittel, die an anderer Stelle – etwa für ÖPNV, Radwegeausbau oder soziale Infrastruktur – fehlen. Da es sich beim Bikesharing um ein klar zurechenbares Nutzungsangebot handelt, ist es sachgerecht, die laufenden Kosten im Wesentlichen durch die Nutzerinnen und Nutzer tragen zu lassen und nicht dauerhaft von der Allgemeinheit finanzieren zu lassen.

Die Nutzungsentgelte sind daher so auszugestalten, dass der laufende Betrieb des Systems kostenneutral erfolgt. Falls politisch gewünscht, können gezielte Ermäßigungen für bestimmte Gruppen (z. B. Sozialpass, Schüler, Azubis) vorgesehen werden, anstatt das gesamte System pauschal zu subventionieren.

Mit einem kostendeckenden Tarifmodell kann der Haushaltsansatz im Bereich „Connected Mobility“ entsprechend abgesenkt werden, ohne das Angebot grundsätzlich in Frage zu stellen. Das Bikesharing bleibt damit Bestandteil einer nachhaltigen Mobilitätsstrategie, belastet den städtischen Haushalt aber nicht mehr jährlich mit einem hohen Zuschuss.

Mirko Rohloff, Dr. Christine Rachner und Fraktion